

Lösungen

Repetitionsfragen

Kapitel 9

1. Was gehört zu M1?

- Festgeldanlagen gehören nicht zu M1, sondern zu M3
- Münzen im Publikum sind Bestandteil vom M1
- Noten bei den Banken gehören nicht zu M1, sondern zur Notenbankgeldmenge

2. Folgende **Transaktionen verändern M1** in folgender Weisen:

- Festgeldanlagen werden in Sichtguthaben umgewandelt: M1 wird grösser
- Eine Gemeinde kauft von einer Bank eine Liegenschaft: M1 wird kleiner.
- Die Nationalbank verkauft an eine Geschäftsbank eine Million Dollars: Keinen Einfluss auf M1.
- Eine Bank kauft Obligationen einer Bauunternehmung: M1 wird grösser.

3. Zur Schweizerischen Nationalbank:

- a) **Hauptaufgaben:** Geldumlauf regeln, Zahlungsverkehr erleichtern und eine im Gesamtinteresse des Landes stehende Kredit- und Währungspolitik betreiben.
- b) **Notenumlauf:** Die Noten, welche die Nationalbank herausgibt, sind eine Schuld der SNB; früher einlösbar gegen Gold, heute ist diese Schuld nur noch fiktiver Natur.
- c) **Geldpolitische Instrumente der SNB seit der Finanzkrise:** Herabsetzung Zinszielband, Devisenkäufe / Devisenswaps, Kauf von Obligationen privater Schuldner, Herausgabe von SNB-Bills, Kursuntergrenze für den Euro, antizyklischer Kapitalpuffer, Negativzinsen.

4. **Geldmengenerhöhungen** und ihr Wirkungen:

- a) **Anpassung des Preisniveaus** (Anstieg) an das real konstante Angebot. Langfristig hat eine expansive Geldpolitik keine realen Wirkungen.
- b) **Hoffnungen:** Sinkende Zinsen, steigende Investitionen und Nettoexporte und dadurch Erhöhung des BIP.

Einwände: Liquiditäts- und Investitionsfalle, Kreditklemme und rationale Erwartungen können die erhofften Wirkungen verhindern oder schmälern, Deflationsgefahren.

5. Zum **Landesindex der Konsumentenpreise:**

- a) **Aufbau:** Die massgeblichen Konsumausgaben der Haushalte werden im LIK in Bedarfsgruppen zusammengefasst und auf der Grundlage der Verbrauchsgewohnheiten.
- b) **Lebenshaltungskosten:** Nicht alle Ausgaben, die in einem Haushalt anfallen, fliessen in die Berechnung des LIK ein. Dabei fehlen insbesondere die direkten Steuern, die Prämien für Sozial- und Privatversicherungen, die Motorfahrzeugsteuer und Haftpflichtversicherung ebenso wie die Krankenkassenprämien, obwohl diese Ausgaben

ca. 30% aller Ausgaben eines Haushaltes ausmachen. Der Grund dafür liegt darin, dass sich der LIK am «Privaten Konsum» der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung orientiert. Deshalb werden nicht die Krankenkassenprämien gemessen, sondern z.B. die Preise für Medikamente oder für eine Operation. Der LIK stellt die Entwicklung der Preise der für die Konsumenten bedeutsamen Waren und Dienstleistungen dar und nicht die Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

6. **Inflationsursachen:** Ausdehnung der Geldmenge (monetaristischer Ansatz), Nachfrage- und Angebotsinflation.
7. **Negative Folgen einer Inflation:** Ungerechte Einkommens- und Vermögensumverteilungen (Verlust für die Gläubiger, Gewinn für die Schuldner, Umverteilung zwischen Geld- und Sachvermögensbesitzer, kalte Progression); Verzerrung der Preissignale und ineffiziente Allokation der Ressourcen.
8. **„Ungefährlich“ ist eine Deflation**, wenn angebotsseitige Schocks für das sinkende Preisniveau verantwortlich sind (z.B. Integration der Schwellenländer mit günstigen Produkten in die Weltwirtschaft, technische Fortschritte wie die Digitalisierung). Auch Strukturreformen, die zu mehr Wettbewerb und damit sinkenden Preisen führen, sind volkswirtschaftlich erwünscht.
9. **„Geld aus dem Nichts“:** Die Zentralbanken sind tatsächlich in der Lage, einfach „Geld zu drucken“. Doch selbst die Zentralbanken sind nicht ungebunden. Ihre Aufgaben werden durch das Gesetz bestimmt. Das Gesetz schreibt vor, Preisstabilität zu gewährleisten. Das Instrumentarium „Geld zu schaffen“ dient allein dazu, das vom Gesetzgeber erteilte Mandat zu erfüllen.

Kapitel 10

1.
 - a) Klassische Erklärung (Inflexibilität der Löhne);
Keynesianische Erklärung (Güter- und Geldmarktgleichgewicht bei gleichzeitigem Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt ist möglich);
Insider-Outsider-Modell (Insider nützen ihre Macht gegenüber den Outsidern);
Effizienzlohntheorie (Unternehmer sind interessiert an hohen Löhnen, die zusätzliche Einstellungen verhindern, aber die Leistungen der Mitarbeiter steigern).
 - b) Saisonale und friktionelle Arbeitslosigkeit, konjunkturelle Arbeitslosigkeit, strukturelle Arbeitslosigkeit und Sockelarbeitslosigkeit (natürliche Arbeitslosigkeit).
2. Nach jedem konjunkturellen Einbruch und der anschliessenden Erholung steigt die Sockelarbeitslosigkeit auf eine Stufe höher.
3. Revitalisierung und Verbesserung der Rahmenbedingungen, Steigerung der Standortattraktivität, Erhöhung der Innovationsfähigkeit, Steigerung der Produktivität.
4. Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Migrationspolitik, Weiterbildung, Familienpolitik.
5. Arbeit kann nicht so leicht „umverteilt“ werden, weil die Arbeitskräfte sehr heterogen sind. Zudem besteht entweder eine gewisse Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit (Lohnstückkosten steigen, falls Arbeitszeitverkürzungen nicht Lohnkürzungen zur Folge haben). Arbeitszeitverkürzungen lösen das grundsätzliche Problem einer strukturellen Arbeitslosigkeit nicht (keine Ursachentherapie). Die Bereitschaft der Arbeitnehmer zu einer „staatlich verordnete Solidarität“ ist fraglich. Unproblematisch ist eine Arbeitsverkürzung dann, wenn sie als „Entschädigung“ für Produktivitätsfortschritte (anstelle von Lohnerhöhungen) eingesetzt werden.
6. Keine Minimallöhne sondern Leistungslöhne, volle Freizügigkeit gegenüber ausländischen Arbeitskräften, liberale Entlassungsbedingungen.
7. Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage (Knappheit); Arbeitsproduktivität; Marktunvollkommenheiten.

Kapitel 11

1. Neue Aufgaben; grosse Einkommenselastizität für öffentliche Leistungen; kleinere Zunahme der Arbeitsproduktivität (überdurchschnittliche Kostenentwicklung); expansives Verhalten der Verwaltung und Ausgabefreudigkeit der Parlamente.
2. Soziale Wohlfahrt, Verkehr, Bildung und Grundlagenforschung, Landesverteidigung, Landwirtschaft und Ernährung.
3. Indirekte Steuern (Mehrwertsteuer, Treibstoffzölle, Stempelabgaben, Einfuhrzölle); direkte Steuern (auf Einkommen und Vermögen).
4. Starkes Wachstum der Ausgaben für Bildung / Grundlagenforschung und soziale Wohlfahrt. Rückgang der Ausgaben für die Landwirtschaft. Hoher Anteil (60%) der Subventionen an den Gesamtausgaben. Anstieg der Zinslast, Wachstum der Subventionen. Haushaltssaldo und Verschuldung: Starker Anstieg der Defizite und der Verschuldung in den 1990er Jahren; von

2005 bis 2009 erzielt die öffentliche Hand Überschüsse. 2004 erreichten die Schulden ihren Höchststand, seither (bis 2009) sinken die Schulden. Im internationalen Vergleich sehr gute Entwicklung.

5. Zinsanstieg, Inflationsanstieg, Verdrängungseffekt (crowding-out), Schmälerung des Handlungsspielraumes, Teufelskreis der Verschuldung.
6. Goldene Finanzierungsregel: Budgetdefizite dürfen die Höhe der Staatsinvestitionen nicht übersteigen. Langfristig konstante Schuldenquote (ausgeglichener Primärhaushalt). Ausgaben sollen im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zunehmen.

Kapitel 12

1. Alters- und Hinterlassenenversicherung, berufliche Vorsorge (Pensionskasse), Invalidenversicherung, Erwerbsersatzordnung, Unfallversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Familienzulagen.
2. Berufliche Vorsorge, AHV und Krankenversicherung.
3. Soziale Sicherheit, Risikoausgleich und Einkommensumverteilungen.
4. AHV, IV, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, BVG
5. Moral hazard Problem; Effizienzverluste; Interessenkonflikte; Leistungsbereitschaft und Investitionsbereitschaft gefährdet; Solidarität überstrapaziert.
6.
 - a) Auf der Leistungsseite: AHV (Einheitsrente, Flexibilisierung oder Erhöhung Rentenalter, Privatisierung); 2. Säule: Aufhebung des Obligatoriums; AIV: Privatisierung; nur noch Existenzminimum obligatorisch versichern, den Rest der Selbstverantwortung überlassen; negative Einkommenssteuer; Grundeinkommen für alle.
 - b) Auf der Finanzierungsseite: Umlageverfahren durch Kapitaldeckungsverfahren ablösen. Vermehrte Finanzierung über Mehrwert- oder Einkommenssteuern statt über Lohnprozente. Finanzierung über Umweltabgaben. Negative Einkommenssteuer. Grundeinkommen für alle.

Kapitel 13

1. Arbeitsteilung: Jeder spezialisiert sich auf die Tätigkeit, bei welcher er komparative Kostenvorteile hat. Auch wenn jemand in allen Tätigkeiten unterlegen ist, lohnt sich die Arbeitsteilung, indem er eben das macht, wo sein Nachteil relativ klein ist. Dieses Gesetz ist die Grundlage für das Freihandelspostulat.
2. Umweltkosten, Abhängigkeit (Gefahr von Monokulturen), strukturelle Arbeitslosigkeit, statischer Ansatz des Gesetzes der komparativen Kostenvorteile.
3. Zölle und Kontingente, Nicht-tarifäre Massnahmen (Normen bezüglich Sicherheit, Umweltschutz, Technik etc.), Einfuhrabgaben, Exportsubventionen, internationale Kartelle, freiwillige Selbstbeschränkungsmassnahmen.

4.
 - a) Wohlstandsgewinne durch Handelsliberalisierungen, Spezialisierungs- und Grössenvorteile.
 - b) Meistbegünstigungsklausel, Inländerprinzip, Verbot mengenmässiger Handelsbeschränkungen, Verbesserungen des Marktzutritts, Abbau der nicht-tarifären Handelshemmnisse.

5. Erleichterung des Marktzutritts durch globalen Zollabbau, Reform der Welthandelsregeln (Abbau von Subventionen, Verbot von gewissen technischen Handelshemmnissen, Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens), Einbezug der Landwirtschaft in die Liberalisierungen, Neue Verhandlungsgegenstände (Direktinvestitionen, Eigentumsrechte, Dienstleistungen), Streitschlichtungsverfahren und Errichtung einer Welthandelsorganisation (WTO als Dachorganisation für GATT, GATS und TRIPS).

6. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG 1957), Europäische Gemeinschaft (EG 1967), Europa der zwölf (1986), Maastrichter Verträge (1992), Maastrichter Verträge treten in Kraft, Binnenmarkt wird Wirklichkeit (EG wird zur Europäischen Union EU, 1993/1994), Europa der 15 (1995), Start zur Währungsunion (1999), Einführung EURO als Bargeld (2002). Anwachsen der Mitgliederzahl bis 2009 auf 27 Länder. 2009 treten Lissaboner-Verträge in Kraft.

7. Güter-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehr.

8. EFTA (1960), Freihandelsabkommen mit der EG (1973), Ablehnung des EWR-Vertrages (1992), Abschluss der bilateralen Verhandlungen (2000), Start zu neuer Verhandlungsrunde (2001), Inkrafttreten der bilateralen Verträge (Sommer 2002). Erweiterung der Personenfreizügigkeit (2009).

Kapitel 14

1.
 - a) Sie erfasst die Transaktionen der Inländer mit dem «Rest der Welt».
 - b) Kein guter Begriff, weil es sich erstens nicht um eine Bilanz handelt (es werden nicht Bestandes-, sondern Flussgrössen erfasst) und zweitens werden nicht nur Zahlungen, sondern z.B. auch Kreditgewährungen erfasst.
 - c) Ein Defizit in der Leistungsbilanz bedeutet, dass im Handel mit dem Ausland mehr ausgegeben als eingenommen wird. Deshalb muss die Kapitalverkehrsbilanz einen Überschuss ausweisen, d.h. es muss mehr Kapital importiert als exportiert werden, wodurch die Verschuldung im Ausland steigt.

2.
 - a) Handelsbilanz, Dienstleistungsbilanz, Bilanz der Arbeits- und Kapitaleinkommen und die Bilanz der laufenden Übertragungen.
 - b) Normalerweise weist die Dienstleistungsbilanz und die Bilanz der Arbeits- und Kapitaleinkommen einen Überschuss aus. Die Bilanz der laufenden Übertragungen ist defizitär. Die Handelsbilanz war für die Schweiz (ein Land ohne Rohstoffe) bis 2001 „traditionell“ im Defizit. Seit 2002 erzielen wir allerdings auch in der Handelsbilanz einen Überschuss aus.

- c) Die Leistungsbilanz weist einen Überschuss aus, wozu die Dienstleistungsbilanz hauptverantwortlich zeichnet. Im Normalfall trägt auch die Bilanz der Arbeits- und Kapitaleinkommen wesentlich zum Leistungsbilanzüberschuss bei.
 - d) Die Länder Europas – allen voran Deutschland – sind sowohl die wichtigsten Kunden als auch Lieferanten der schweizerischen Volkswirtschaft.
3. Jede Transaktion mit dem Ausland entspricht einem Tauschvorgang. Jede Transaktion löst zwei Ströme aus und erfordert demzufolge zwei Buchungen. Die Zahlungsbilanz insgesamt darf also keinen Saldo ausweisen. Weil sie in Wirklichkeit nie aufgeht, ergibt sich eine Position Restposten, bei dem es sich um Lücken und Fehler in der statistischen Erhebung handeln muss.
 4. Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und Währungsreserven.
 5. Die Zunahme der schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland reflektiert die Expansion schweizerischer Unternehmen im Ausland. Der Hauptgrund dafür liegt wohl im Bestreben, im Angesicht der Globalisierung eine grössere Kundennähe und eine verbesserte Marktpräsenz zu erreichen. Selbstverständlich spielt beim Entscheid über eine Direktinvestition im Ausland auch die Höhe der Produktionskosten eine Rolle.

Kapitel 15

1.
 - a) Die Kaufkraftparitätentheorie besagt, dass die Änderung des Wechselkurses durch die Differenz in den Inflationsraten bestimmt wird. Der Wechselkurs sorgt damit für den Ausgleich der Kaufkraft von verschiedenen Währungen.
 - b) Hauptsächlich deshalb, weil ein bedeutender Teil der Nachfrage und des Angebotes aufgrund von reinen Kapitalbewegungen entsteht und nicht aufgrund von Güter- und Dienstleistungskäufen bzw. -verkäufen.
2.
 - a) Eine Währung wird als überbewertet bezeichnet, wenn die Kaufkraftparität nicht gegeben ist; wenn mit einer bestimmten Summe der einheimischen Währung – umgetauscht in die ausländische Währung – im Ausland mehr gekauft werden kann als im Inland.
 - b) Ein überbewerteter Franken schwächt die inländische Konjunktur, es entstehen Absatz-, Ausfuhr- und Beschäftigungsprobleme in der Exportwirtschaft.
 - c) Es darf sich nur um kurzfristige Störungen handeln, langfristige Trends der grundlegenden Marktkräfte können durch die Nationalbanken nicht umgekehrt werden (bzw. die Nationalbanken sind nicht bereit, die Opportunitätskosten zu tragen). Erhöht wird die Erfolgswahrscheinlichkeit, wenn gemeinsame Interventionen von verschiedenen Nationalbanken koordiniert werden.
3.
 - a) Schwankende Wechselkurse widerspiegeln unterschiedliche wirtschaftliche und politische Entwicklungen von Ländern. Flexible Wechselkurse erlauben den Nationalbanken eine autonome Geldpolitik zu betreiben.
 - b) Unsichere Kalkulations- und Handelsbasis, die den freien Verkehr behindern; Beschäftigungsschwankungen in der Exportwirtschaft.

4. Er übernimmt die Rolle des Bankiers (Sonderziehungsrechte), die Rolle des Polizisten (Bedingungen für die Geldvergabe) und die Rolle des Doktors (verschiedene Fazilitäten für bestimmte «Krankheiten»).
5. Ursache: Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern, England kämpfte mit Rezessionsproblemen, während dem sich Deutschland um die Inflation (aufgrund der Wiedervereinigung) Sorgen machen musste. Mechanismen: England wollte die Zinsen senken und Deutschland wollte sie erhöhen. Darauf kam das Pfund unter Abwertungs- und die DM unter Aufwertungsdruck. Um den Wechselkurs zu fixieren wurden Interventionen nötig, die der ursprünglichen Absicht der beiden Länder zuwider liefen. Deshalb ist England aus dem EWS ausgetreten.
6.
 - a) Senkung der Transaktionskosten, Steigerung des Wachstums, Erhöhung der Preisstabilität, Harmonisierung des Zinsniveaus.
 - b) Unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen, Wirtschaftspolitiken und Kulturen bewirken unterschiedliche Entwicklungsmuster, welche bei einer gemeinsamen Währung zu grossen Problemen führen. Ohne politische Union kann eine Währungsunion nicht überleben (wie die Geschichte zeigt). Die notwendige Solidarität für Transferzahlungen (um Wohlstandsunterschiede auszugleichen) ist in der EU nicht vorhanden.